

Kabale und Krise

Chiracs „fin de règne“, Sarkozy in den Startlöchern

Medard Ritzenhofen*

» Der französische Staatspräsident hat ebenso wie Premierminister Dominique de Villepin im Gefolge des gescheiterten EU-Referendums, der Vorstadt-Krawalle, der Jugendproteste und der aktuellen Clearstream-Affäre nach innen wie nach außen an Ansehen und Handlungsfähigkeit verloren. Währenddessen versucht Nicolas Sarkozy, sich mit populistischen Äußerungen als Kandidat der Rechten zu empfehlen.

Die gute Nachricht zuerst: Jacques Chirac va bien. Zumindest, was seine Gesundheit betrifft. Nachdem der Staatspräsident im Herbst letzten Jahres überraschend für eine Woche hospitalisiert worden war, bestätigt sein medizinisches Bulletin jetzt wieder eine hervorragende Verfassung. Gleiches lässt sich von seiner politischen Form beim besten Willen nicht behaupten. Dass der Neogaullist die Tradition großer Staatsmänner im Elysée-Palast abreißen lassen würde, darüber sind sich die Chronisten seit langem einig. Dass aber sein Mandat so lamentabel auslaufen würde, droht das hohe Amt zu beschädigen und die Würde der Republik zu verletzen.

„Une affaire ténébreuse“ nennen die Medien im Balzac’schen Ton den handfesten Skandal, der – namentliche Ironie – mit der Luxemburger Finanzfirma „Clearstream“, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Börse, verbunden ist und zahlreiche schmutzige Seiten aufweist. Illegale Waffenverkäufe und schwarze Kabinette verbinden sich mit Verleumdung und Bespitzelung zu einer Staatsaffäre, in deren Zentrum das Trio infernal Chirac–de Villepin–Sarkozy steht. Natürlich hat dieser neue Reißer auf dem Pariser Politik-Boulevard beträchtlichen Unterhaltungswert. Frankreichs Medien setzen jedenfalls alles daran, das angebliche Watergate à la française über Seiten

und Wochen auszubreiten. Doch ob man dieses Spektakel nun als intrigante Comédie politique goutiert oder in ihm einen Beleg für die französische Bananenrepublik sieht, eines ist sicher: Viel zu lange werden Parlament, Parteien, Journalisten und die Öffentlichkeit von einer ominösen Geschichte in Anspruch genommen, bei der letztlich nicht mehr herauskommen wird als ein weiterer Ansehensverlust der Politik und ihrer Repräsentanten. Einmal mehr darf sich der Volksmund in seiner Überzeugung „Tous pourris!“ bestätigt fühlen.

Derweil zieht die undurchsichtige Clearstream-Affäre immer weitere Kreise und schlägt der Chiraquie endgültig die Krone ins Gesicht. Auf 46 Millionen Euro soll sich ein Konto belaufen, das der Staatspräsident in Japan unterhält. Die immense Summe stammt angeblich aus einem lang zurückliegenden Waffengeschäft, das die ganze Affäre gründiert. Als 1991 sechs französische Fregatten an Taiwan verkauft wurden, sollen rund 900 Millionen Euro Schmier- und Bestechungsgelder geflossen sein. Mit Jean-Louis Gergorin war es der derzeit beurlaubte Vizepräsident des europäischen Rüstungs- und Luftfahrtunternehmens EADS, der sich, um seine Gegner in einem konzerninternen Machtkampf der Korruption zu überführen, daranmacht, Licht in die

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

Sache zu bringen. Als Gergorin 2004 dem damaligen Außenminister Dominique de Villepin Schwarzgeld-Konten bei dem Finanzdienstleister Clearstream vorlegt, auf denen neben französischen Luftfahrt-Managern auch Spitzenpolitiker auftauchen, wird aus dem Wirtschaftskrimi ein Politskandal. Dieser nimmt allerdings eine neue Wendung, nachdem schnell klar wird, dass es sich um gefälschte Schwarzgeldkonten handelt. Vor allem, weil auf den Schwarzgeldkonten auch der Name von Nicolas Sarkozy auftaucht. Da der Innenminister damals seine Hand nach dem Vorsitz der Präsidentenpartei UMP ausstreckte und bereits als Rivale um den Elysée-Palast galt, soll de Villepin geheimdienstliche Ermittlungen gegen den Kabinettskollegen eingeleitet haben. Als de Villepin über die Haltlosigkeit des Verdachts unterrichtet war, enthielt er sowohl dem Betroffenen als auch der Öffentlichkeit das entlastende Material vor.

Natürlich streitet der Premierminister heute alles ab, fühlt sich selbst als Opfer und macht mit seinem Kurs aus Dementis und Durchstehen der bewährten Praxis seines Mentors Chirac alle Ehre. Doch das Image der exekutiven Doppelspitze des Staates hat sich in einer Weise eingeschwärzt, dass es sich wohl definitiv nicht mehr aufpolieren lässt. So quälend lang „la fin de règne“ des Staatspräsidenten erscheint, so schnell ist sein Dauphin abgestürzt.

Absturz eines Überfliegers

Greift man zu hoch, wenn man Ikarus als Vergleich bemüht? Was für eine glänzende Figur hatte Dominique de Villepin nicht früher in der Öffentlichkeit als Außenminister gemacht. Als er während der Irak-Krise am 14. Februar 2003 vor dem UNO-Sicherheitsrat den USA mit rhetorischer Bravour die Stirn bot, setzte die französische Diplomatie zu einem Höhenflug an, der bei den Kriegsgegnern rund um den Globus stürmischen Beifall fand. Doch so schnell Frankreichs Gewinn an der internationalen Popularitätsbörse eingefahren war, so rasch war die Dividende wieder verbraucht. Aus seinem vielgelobten amerikakritischen Pazifismus vermochte Paris langfristig kein

Kapital zu schlagen. Bis heute unabsehbare Folgen zeitigte dagegen die größte außenpolitische Niederlage, die Jacques Chirac im eigenen Land einstecken musste: Indem die Franzosen per Referendum den EU-Verfassungsvertrag ablehnten, desavouierten sie sowohl den eigenen Präsidenten als auch das Ansehen ihres Landes als europäischer Pionier und Pfeiler. Insofern wird der 29. Mai 2005 als Anfang vom Ende der Ära Chirac in Erinnerung bleiben.

Trotzdem wollte sich der Präsident zwei Jahre vor dem offiziellen Abschluss seiner Amtszeit nicht geschlagen geben. Mit seinem ebenso ehrgeizigen wie weltgewandten Adlatus Dominique de Villepin hoffte der angeschlagene Staatschef, das Blatt noch einmal zu seinen Gunsten zu wenden. Dass seinem politischen Intimus der nötige Heroismus in verfahrenere Situation keineswegs fremd war, hatte dieser in einer vollmundigen Eloge auf Napoleons Rückkehr „Les Cent-Jours ou l'esprit de sacrifice“ (2001) auf über 600 Seiten dargelegt. Dass derselbe de Villepin 1997 als Generalsekretär des Elysée-Palastes einen schweren strategischen Fehler begangen hatte, als er seinem Chef die Idee vorgezogener Neuwahlen eingab, welche prompt verloren gingen und Frankreich eine erneute Kohabitation bescherten, war längst vergessen. Unerheblich erschien auch der Umstand, dass sich der Aufsteiger von Chiracs Gnaden nie einer demokratischen Legitimation in Form von irgendeiner Wahl stellen müssen. Die Aussicht, dass sich mit dem Auswechseln des verbrauchten Biedermannes Raffarin durch den eleganten Weltmann de Villepin nicht nur das Erscheinungsbild der Regierung verbessern würde, war zu verlockend. Nachdem der bedächtige Provinzbaron Jean-Pierre Raffarin mit seiner bodenständigen Konzeption einer „France d'en bas“ auf der rhetorischen Klaviatur ausdrücklicher Bescheidenheit nicht reüssiert hatte, kehrte mit dem aristokratischen Karrierediplomaten Dominique de Villepin wieder „la France d'en haut“ (Alain Duhamel) und „le goût de la grandeur“ (*Figaro*) ins Hôtel Matignon zurück.

Der autoritär-energische Führungsstil schien zunächst auch nicht der schlechteste zu sein, um der langwierig-zähen „bataille pour l'emploi“ neuen Schwung zu geben. Doch bevor sich de Ville-

pins Strategie an der Front der Beschäftigungspolitik entfalten konnte, fuhr ihm die marginalisierteste Gesellschaftsschicht in die Parade. Die aus der Einwanderung hervorgegangene Banlieue-Jugend schockte im letzten Spätherbst das Land mit einer anarchischen Gewaltwelle, wie sie die V. Republik noch nicht erlebt hatte. Nach dem verlorenen Europa-Referendum war diese Vorstadt-Jacquerie der nächste schwere Schlag für die zweite Präsidentschaft Chiracs. Zumal dieser es vorzog, abzutauchen und das Krisenmanagement seinem Premierminister zu überlassen. Dominique de Villepin demonstrierte das ganze Arsenal der herausgeforderten Staatsautorität. Neben massivem Polizeieinsatz kam auch das Notstandsrecht in besonders betroffenen Cités zur Anwendung. Nach drei Wochen legte sich das dramatische Chaos in den Trabantsiedlungen, doch der Imageschaden, den Frankreich mit den brennenden Banlieues erlitten hatte, war beträchtlich.

Kaum hatte sich die benachteiligte Vorstadtjugend wieder beruhigt, begehrte die akademische Jugend gegen die Regierung auf. Die sich über fast drei Monate hinziehenden Proteste und Blockaden von Schulen und Universitäten entzündeten sich an dem Ersteinstillungsvertrag CPE (Contrat première embauche). Während der Premierminister damit schlecht ausgebildete Jugendliche schnell und unbürokratisch ins Berufsleben integrieren wollte, sahen große Teile der Jugend in dem vom Arbeitgeber in den ersten zwei Jahren jederzeit kündbaren Vertrag den Hebel zu einer Deregulierung des Arbeitsrechts.

Der CPE, mit dem Dominique de Villepin sowohl die hohe Jugendarbeitslosigkeit eindämmen als auch dem sakrosankten Arbeitsrecht zu Leibe rücken wollte, wurde zur empfindlichen Schlappe für den Premierminister. Denn so gute Gründe es für eine Liberalisierung des verkrusteten französischen Arbeitsmarktes auch gibt, der Regierungschef hielt es nicht für nötig, diese in der gebotenen Form verständlich zu machen. „Gouverner, c'est parler aux gens.“ Die schon von Aristide Briand formulierte politische Einsicht wurde von Dominique de Villepin sträflich vernachlässigt. Im

Hauruckverfahren sollte der CPE am Parlament und an den Sozialpartnern vorbei durchgesetzt werden. Das rief eine soziale Massenbewegung auf den Plan, die das Verdikt einer politisch uninteressierten Jugend Lügen strafte.

Am Ende war es der Premierminister, der seine arbeitsmarktpolitische Initiative unter dem Druck der Straße zurückziehen musste. Am 10. April wurde der umstrittene CPE aus dem „Gesetz über den sozialen Zusammenhalt“ gestrichen, nachdem Staatspräsident Chirac nicht mehr gewillt war, den Einsatz für dieses brisante Projekt zu erhöhen. Stattdessen wurden die Subventionen zur Eingliederung schlecht ausgebildeter Berufseinsteiger aufgestockt. Nicht die Spielräume der Unternehmer bei neuen Arbeitsverträgen wurden vergrößert, sondern einmal mehr soll die patronale Einstellungsmoral durch staatliche Unterstützung gehoben werden. Dass dies eher bekanntes

Flickwerk auf Kosten der öffentlichen Hand ist als ein Stimulans kreativer Kräfte auf dem Arbeitsmarkt, muss nicht lange ausgeführt werden.

Dominique de Villepin ging als der große Verlierer aus der Machtprobe um den CPE heraus. Ohne den Rückhalt im

Elysée sah sich der Premierminister, der über keinerlei Hausmacht verfügt, gezwungen, klein beizugeben. Diese erste Niederlage des Premierministers, „cette retraite sans gloire“, wie selbst der *Figaro* schrieb, war zugleich der dritte Markstein der Negativbilanz des Staatspräsidenten innerhalb eines Jahres. Zu lange hatte Chirac seinen Premierminister gestützt, als dass der Rückzug des umkämpften Gesetzes nicht auch seinen Schatten auf den Elysée-Palast geworfen hätte.

Wurde bei den Vorstadt-Krawallen das Bild Frankreichs als traditionelles Einwanderungsland in arge Mitleidenschaft gezogen, so kratzte der CPE in erster Linie am Image der Exekutive. Dominique de Villepins resoluter Voluntarismus erwies sich als allzu unstimmig. Einerseits die Meriten des „modèle social français“ zu rühmen und einem „patriotisme économique“ das Wort zu reden, andererseits aber bei den Strom- und Gasversorgern EDF und GDF sowie bei bislang staat-

„Dominique de Villepin ging als der große Verlierer aus der Machtprobe um den CPE heraus.“

lichen Fahrbetrieben und den Autobahnen auf Privatisierung zu setzen und dazu noch den Arbeitsmarkt zu deregulieren, passt schlecht zusammen. Wer mit gaullistischer Verve die Autorität des Staates restaurieren will, kann nicht zugleich dessen Ausverkauf betreiben. Es ist diese Unstimmigkeit, die auch in der Clearstream-Affäre das Bild des Premierministers verdunkelt. Sich, Napoléon zitierend, stolz in die Brust zu werfen, dass man mit Frankreich nur eine Passion kenne, um dann mit akribischer Leidenschaft geheime Dossiers über private Lebensläufe zu studieren, ist eine Peinlichkeit sondergleichen. So taucht hinter der Silhouette von Bonaparte der Schatten von Fouché auf, der als Innenminister seinerzeit das moderne Spitzelsystem Frankreichs begründete.

Unschuldsbeteuerungen, wie sie der Premierminister ebenso schrill wie unglaublich zum Besten gab, zeugen nicht gerade für jene Souveränität, die der Napoleon-Bewunderer gern zur Schau stellt. Selbst wenn das dubiose Clearstream-Spektakel eine gigantische Manipulation gewesen sei, wie de Villepin behauptet, wird der Vorwurf an ihm hängenbleiben, gegen die natürliche Solidarität innerhalb einer Regierung verstoßen zu haben. Aber auch auf Nicolas Sarkozy, dem Hauptopfer der sinistren Affäre, fällt ein diffuses Licht. Einerseits findet der Innenminister nicht starke Worte genug, seiner Empörung als verfolgte Unschuld Ausdruck zu verleihen, andererseits bleibt er Mitglied einer Regierung, dessen Chef in seinen Augen der eigentliche Drahtzieher der Schmutzkampagne gegen ihn ist. Sarkozy, der immer wieder „la rupture“ mit den Unsitten des politischen Lebens für sich reklamiert, garantiert die Kontinuität einer Regierung, mit der er sich nicht mehr identifizieren kann. Sein Spagat hat einen einfachen Grund: Das Verlassen des havarierten Schiffes würde zu diesem Zeitpunkt dem zweiten Offizier kaum zur Ehre gereichen. Selbst auf die Brücke zu gehen, erscheint dagegen zu riskant. Der so genannte „Fluch des Matignon“ kommt nicht von ungefähr: Haben dieses eher undankbare Amt doch schon viele Politiker, die sich für „présidentiable“ hielten, übernommen, ohne später in den Elysée-Palast gewählt zu werden. Als Premierminister kann Nicolas Sarkozy, der in weniger als einem Jahr Präsident werden möchte, nur verlieren.

Wider den Geist der Verfassung

So fällt nach dem Europa-Debakel, dem Banlieue-Aufstand, der CPE-Schlappe als viertes auch die Institutionenkrise, denn um nichts anderes handelt es sich bei der Clearstream-Affäre, auf Jacques Chirac und dessen „péché originel“ (*Le Monde*) zurück. Die politische Erbsünde bestand darin, dem Chef der weitaus stärksten Partei und dem zugleich populärsten Politiker des eigenen Lagers das Amt des Premierministers vorzuenthalten. Nach der Logik der V. Republik hätte spätestens 2005 dem UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy das Hôtel Matignon zugestanden, statt dessen fiel der Präsidentenwahl auf Dominique de Villepin. Mit diesem hoffte er, den umtriebigen und vollmundigen Sarkozy in Schach halten zu können. Persönliche Antipathie oder Revanche dafür, dass Sarkozy nie zu seinen bedingungslosen Getreuen zählte, veranlassten Chirac, Personalpolitik wider den Geist der Verfassung zu betreiben. Diese ist für ein harmonisierendes Duo, nicht für ein rivalisierendes Trio gemacht. Wenn Staatspräsident und Premierminister den gefährlichsten Gegner im eigenen Kabinett haben, geht schon die normale Statik zwischen Regierung und Opposition nicht mehr auf. Um wieviel weniger ist effiziente Politik möglich.

Ein weiteres kommt hinzu: Nach bewährter Manier hat der Premierminister den Präsidenten zu schützen, ja selbst sich für diesen zu opfern, indem er in Krisenzeiten die Funktion einer „Sicherung“ („fusible“) übernimmt. Es ist der Regierungschef, der unpopuläre Maßnahmen zu verantworten hat, obwohl sie vom Staatspräsidenten entschieden wurden. Ist die „Sicherung“ im Hôtel Matignon verbraucht, wird sie ausgewechselt, was dem Staat die Möglichkeit eines Befreiungsschlages gibt. Nicht nur, dass de Villepin nicht als „Sicherung“ für Chirac funktioniert, er zieht diesen sowohl mit der CPE-Schlappe als auch mit der Clearstream-Affäre mit sich herunter. Den Schaden trägt nicht nur die Politik, sondern auch die Republik davon.

Es wundert deshalb nicht, dass die Stimmen, die eine institutionelle Reform fordern, zahlreicher und vernehmlicher werden. „Eine tiefe demokratische Krise“, konstatiert der Sozialist Lau-

rent Fabius und will den Franzosen „eine neue Republik“ vorschlagen. Sein Parteifreund Arnaud Montebourg hat bereits im letzten Jahr „die Verfassung für eine VI. Republik“ ausgearbeitet. Jack Langs letztes Buch trägt den Titel „Changer“ (2005), der nichts weniger anstrebt als eine „demokratische Revolution“ des politischen Lebens. Sogar der frühere rechtsbürgerliche Premierminister Edouard Balladur, stets die Bedächtigkeit in Person, spricht von der Dringlichkeit, dem Parlament eine stärkere Rolle zuzuweisen.

Der Ruf nach einer neuen Republik ist so alt wie die Kritik an der extravaganten „monarchie républicaine“. Doch Frankreich ist mit seinem „régime présidentiel“ bisher gut gefahren. Bevor man sich deshalb daran macht, die Institutionen zu reformieren, sollte man sich um die Pflege der politischen Sitten bemühen. Es darf daran erinnert werden, dass Charles de Gaulle Wert darauf legte, seine vom Elysée-Palast aus geführten privaten Telefongespräche aus eigener Tasche zu bezahlen. Als der Gründer der V. Republik am 27. April eine zweitrangige Volksabstimmung über die geplante Regionalreform verlor, trat er am nächsten Tag von seinem Amt zurück. Wie sehr hat Jacques Chirac, dem wie keinem anderen Politiker das Etikett des Neogaullisten anhaftet, Politik und Privates unentwirrbar vermengt, wie viele Niederlagen musste er bei Parlaments- und Regionalwahlen, Europa-Referendum und CPE-Initiative einstecken, ohne dass er den Rückzug von der Macht überhaupt in Erwägung zog.

Doch bemühe sich niemand, republikanischer zu sein als die Republik. Skandale, Affären und persönliche Rivalitäten sind die ständigen Schatten ihrer Geschichte. Dass sich Frankreich heute eher „en petite forme“ präsentiert, liegt nicht zuletzt daran, dass die Kluft zwischen einer noch immer an de Gaulle orientierten politischen Rhetorik und der regelmäßig praktizierten Polit-Bricolage so groß ist wie noch nie. Die Medien tragen das ihre dazu bei. Sowohl der Streit um den CPE als auch die Clearstream-Affäre wurden in unverantwortlicher Weise aufgebauscht. Ging es bei dem neuen Ersteinstillungsvertrag um eine doch relativ bescheidene Reform, so schrumpft de Villepins Vergehen bei näherem Hinsehen zu einem eher marginalen Fauxpas. Nur weil, wie in jedem

anderen Betrieb, auch in der Regierung unter Kollegen und Konkurrenten gemobbt wird, steht die Republik noch nicht am Abgrund. So sah es mehrheitlich auch die Bevölkerung, die sich von der in den Medien geschürten Hysterie nicht anstecken ließ. Das heiße Eisen Clearstream ließ Madame und Monsieur Dupont erstaunlich kalt.

Verschärftes Einwanderungsgesetz

Hingegen versetzte die Affäre das Pariser Politik- und Medienmilieu in solche Aufregung, dass wichtige Themen an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt wurden. So verabschiedete die Nationalversammlung am 17. Mai ein neues Einwanderungsgesetz, das die Bedingungen der Immigration deutlich verschärft. Innenminister Sarkozy, der nach 2003 zum zweiten Mal eine repressivere Anwendung der Einwanderungsbestimmungen in Gesetzesform bringt, will aus einer bislang „erduldeten“ eine „erwünschte“ Immigration machen. Dabei ist das Wort von der „immigration choisie“ mehr als ein Slogan. Dahinter steckt eine neue Denkungsart. Verzichtete Frankreich bislang beim Thema Einwanderung auf allzu formalistische Strenge, so soll künftig bei der Immigration stärker selektiert werden. Einerseits will man erkennbar mehr gut ausgebildete Einwanderer gewinnen, andererseits soll der illegalen Immigration ein Riegel vorgeschoben werden.

Dass nur sieben Prozent der 140 000 Ausländer, die 2004 längeren Aufenthalt in Frankreich nahmen, wegen Arbeit gekommen waren, hält der Innenminister für entschieden zu wenig. Qualifizierten Arbeitskräften soll deshalb die Einwanderung erleichtert werden. Dagegen wird die Heirat mit einem Franzosen oder einer Französin nicht mehr nach zwei, sondern erst nach drei Jahren den ständigen Aufenthalt in Frankreich erlauben. Um als ausländischer Lebenspartner einen französischen Pass zu erhalten, muss man vier gemeinsame Jahre nachweisen können.

Die gezielte Einwanderung ist die eine Seite des neuen Gesetzes, die Eindämmung der illegalen Einwanderung die andere. Zwischen 200 000 und

400 000 Menschen leben in Frankreich ohne reguläre Papiere. Erhielt man bislang den französischen Pass, wenn man zehn Jahre Aufenthalt in Frankreich nachweisen konnte, so wird diese „régularisation après dix années de présence en France“ abgeschafft.

Das Bemühen des Innenministers, das komplexe Thema Einwanderung vornehmlich unter nationalen Nützlichkeitsabwägungen neu zu justieren, blieb nicht ohne Widerspruch. Neben der linken Opposition und diversen Menschenrechtsorganisationen stieß die Loi Sarkozy auch bei den katholischen Bischöfen auf deutliche Kritik. Dass vor allem der Familiennachzug, aus der sich die französische Einwanderung am stärksten speist, erschwert wird, entspricht weder dem Credo der Kirche noch der humanistischen Tradition des Landes. „Le regroupement familial“ kann in Zukunft nicht mehr nach zwölf, sondern erst nach 18 Monaten in die Wege geleitet werden, allerdings nur unter der Bedingung, dass der Antragsteller nicht auf staatliche Sozialhilfe angewiesen ist.

Mit der im Eilverfahren durch das Parlament gebrachten Verschärfung des Einwanderungsrechts reagiert die Regierung nicht zuletzt auf die Vorstadt-Krawalle im vergangenen Herbst. In diesem Zusammenhang ist auch die Äußerung Nicolas Sarkozys zu verstehen, „diejenigen, die Frankreich nicht lieben, sollten das Land doch lieber verlassen“. Damit griff der Innenminister bei einer Veranstaltung seine Partei UMP am 22. April eine Formulierung auf, mit der der erzkonservative Philippe de Villiers bereits seit einem halben Jahr Stimmung gegen Einwanderer macht. Das französische Copyright auf die holzschnittartige Alternative hat jedoch der rechtsextreme Front National, der schon in den 1980er Jahren posaunte: „La France, aime-la ou quitte-la!“

Nicolas Sarkozy, selbst Sohn ungarischer Einwanderer, ist ein erklärter Gegner von Jean-Marie

Le Pen. Anders als die Rechtsextremen und Ultra-konservativen, die es sich angelegen sein lassen, die völlig irrationale Angst vor einer Islamierung Frankreichs schüren, hat sich der Innenminister früh und nachdrücklich für einen Islam à la française stark gemacht. Der Integration der zweitstärksten Religion Frankreichs in die Republik leistete Sarkozy Vorschub, indem er die Bildung eines französischen Muslimrates nach Kräften unterstützte und sich jetzt für eine offizielle Imamausbildung in Frankreich einsetzt. Um Wähler am rechten Rand zu gewinnen, genehmigt sich Sarkozy allerdings ab und zu eine Prise nationalen Populismus. Gerade weil in letzter Zeit in Frankreich so vieles drunter und drüber zu gehen scheint, glaubt der Innenminister, „la fierté d’être français“ ausdrücklich betonen zu müssen.

Auch wenn dies aus dem Munde eines aufrechten Verteidigers der Republik ein klarsichtiges

„Um Wähler am rechten Rand zu gewinnen, genehmigt sich Sarkozy ab und zu eine Prise Populismus.“

Bekenntnis ist, sollte sich der Innenminister hüten, in allzu seichten, um nicht zu sagen, trüben Gewässern fischen. Dabei könnte ihm gerade der Politiker als warnendes Beispiel dienen, den er im Mai nächsten Jahres beerben will. Im Wahlkampf um die Präsidentschaft 2002 hatte Jacques Chirac seine Kampagne ganz auf das Thema in-

nerere Sicherheit zugeschnitten. So simpel das Rezept war, so dürftig fiel das Resultat aus. Weniger als 20 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang waren alles andere als eine Empfehlung für eine Wiederwahl Jacques Chiracs. Dagegen erlebte Jean-Marie Le Pen mit knapp 17 Prozent und dem damit verbundenen Vorstoß in den zweiten Wahlgang den größten Triumph seiner politischen Karriere. Jacques Chirac wurde dann zwar mit dem bizarren Rekordergebnis von 82 Prozent der Stimmen im höchsten Staatsamt bestätigt, doch wäre es das denkbar traurigste Ende einer missliebigen Ära, wenn der Vorhang so fiel, wie er vor fünf Jahren aufgegangen ist: mit dem Rechtsextremismus im Rampenlicht.